

Liebe Leserin,

lieber Leser,

es sind nur noch 8 Wochen bis zur Bundestagswahl. Es wird immer deutlicher, dass ein Regierungswechsel von großem Vorteil für eine demokratische und vor allem freie Gesellschaft wäre.

Wie haben wir die vor über 50 Jahren beschriebene Science Fiction von George Orwell in seinem Buch *Orwell 1984* müde belächelt. Zwischenzeitlich hat die Realität Orwells Fantasien überflügelt. Die Geheimdienste in der westlichen Welt schnüffeln unter dem Vorwand der Sicherheit wahllos in unserer Kommunikation herum, speichern Milliarden von Verbindungsdaten und unsere Regierungen, vor allem aber die Bundeskanzlerin, will von all dem nichts gewusst haben. Ich weiß nicht was schlimmer ist: **Unwissenheit oder Unwahrheit**. Wer so beliebig mit Bürgerrechten umgeht, muss abgewählt werden.

Ende Juni haben wir eine Podiumsveranstaltung zum Thema „**Wohnen und Bauen**“ in Ravensburg durchgeführt. Sie finden unseren Bericht über diese Veranstaltung auf den folgenden Seiten, nachdem die Schwäbische Zeitung wieder einmal unseren Bericht nicht veröffentlicht hat. Es ist schon erstaunlich, wie einseitig parteiisch dieses nach eigenem Selbstverständnis unabhängige Blatt agiert.

In der Stadt Ravensburg hat es ebenfalls wichtige Entscheidungen gegeben. Zum einen wurde Herr Bastin als neuer Baudezernent gewählt. Wir gratulieren ihm zu seiner Wahl und wünschen ihm viel Erfolg in dieser neuen Aufgabe. Wie schon mehrfach geschildert finden wir den Weg zu dieser Neubesetzung für falsch. Mal sehen wie lange es dauert,



bis die Stelle des Baubürgermeisters wieder eingerichtet wird.

Aufregend sind auch die Sparbeschlüsse des Gemeinderates. Die SPD-Fraktion hat in der Vergangenheit immer Haushaltsdisziplin eingefordert. Der Gemeinderat hat sich die Sache nicht einfach gemacht, über 200 Vorschläge wurden erarbeitet, bewertet, verworfen oder weiterverfolgt.

Nicht alles, was in der Presse zu lesen war, entspricht auch der Wahrheit. Wenn Sie Fragen zu einzelnen Punkten haben, können Sie sich gerne auch bei den Gemeinderatsmitgliedern der SPD informieren.

Übrigens: Der gesamte Katalog kann im Internetauftritt der Stadt Ravensburg heruntergeladen werden.

Abschließend wünsche ich ihnen eine schöne Ferienzeit und uns noch einen tollen Endsprint im anstehenden Wahlkampf. Unterstützen Sie uns, unserem jungen Kandidaten Hannes Munzinger ein gutes Ergebnis zu ermöglichen. Werben Sie bei Freunden und Bekannten. Wir freuen uns schon auf die Diskussionen mit Ihnen auf unseren Infoständen auf dem Marien- und Mittelöschplatz und den Kontakten bei den geplanten Hausbesuchen.

Manfred Ströhm

Stellv. Vorsitzender

SPD Ravensburg

Termine

07.08.2013 19 Uhr
Speidlerhaus in Baienfurt
„Der EnBW-Deal“
Sascha Binder, MdL und Obmann im EnBW-Untersuchungsausschuss informiert über die Hintergründe

16. - 18.08.2013
SPD Deutschlandfest in Berlin

10.09.2013
Kundgebung mit Kanzlerkandidat Peer Steinbrück in Ulm

22.09.2013
Bundestagswahl

18.-19.10.2013
Landesparteitag in Reutlingen

"Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und bemänteln dessen, was ist."

Ferdinand Lassalle
(1825-1864)

Bezahlbarer Wohnraum in Ravensburg

Das Thema Bauen und Wohnen in Ravensburg wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion unter Moderation von Hannes Munzinger aus mehreren Sichtweisen beleuchtet. Manfred Ströhm, stv. Vorsitzender der SPD Ravensburg konnte Diskutanten aus verschiedenen Bereichen begrüßen. Der Bau- und Sparverein wurde durch Geschäftsführer Lothar Reger vertreten, die Interessen der Studierenden an der Dualen Hochschule vertrat deren Sprecher Paul Beese. Für die SPD-Gemeinderatsfraktion war Rainer Frank auf dem Podium.

Vor dem Hintergrund der steigenden Energiekosten und hoffentlich auch immer mehr vorhandenem Willen zu sparsamen Ressourcenumgang drehte sich Munzingers erste Frage um die energetische Sanierung. Laut Lothar Reger hat der Bau- und Sparverein keine Probleme mit der seit neuestem gesetzlich ausgeschlossenen Mietminderung für die Dauer der Sanierung. Die Mieter wollen mehr energetische Sanierungen als die Mittelfristplanung zulässt. Allerdings ist der Bau- und Sparverein seinen „Genossen“ gegenüber großzügig in dem eine freiwillige Mietminderung eingeräumt wird.

Für Studierende der Dualen Hochschule kommen faktisch nur Wohnungen in der Innenstadt in Frage. Die Duale Hochschule in Ravensburg hat keinen Campus, wie man ihn von Universitätsstädten kennt. Die verschiedenen Vorlesungsorte müssen gut per Fuß oder Fahrrad erreichbar sein. Studierende der Dualen Hochschule wechseln zwei bis dreimal jährlich zwischen Praktikum und Theorie und brauchen immer nur für wenige Monate Wohngelegenheiten in Ravensburg. Es wird deshalb „genommen, was es gibt“, so Paul Beese, egal zu welchen Kosten und in welchem Zustand die Wohnungen sind. Abhilfe oder zumindest etwas Entspannung könnte ein Studententicket für den Öffentlichen Personennahverkehr schaffen, so Munzinger. Er wird diese politische Forderung an die Kommune aufnehmen, da Studierende und die Duale Hochschule ein Wirtschaftsfaktor sind



und es ein Widerspruch ist, wenn sich keiner um den notwendigen Wohnraum kümmert. Wünschenswert wäre hier mehr Beratung und Unterstützung seitens der Stadt.

Die SPD brachte die Idee „Wohnen mit Hilfe“ in die Versammlung ein um über erste Ansätze zur Entspannung am Wohnungsmarkt zu diskutieren. Denkbar wäre ein Modell der gegenseitigen Unterstützung in Form von Wohnraum gegen vereinbarten Tätigkeiten im und um das Haus herum.

Wie allgemein bekannt verfügt die Stadt Ravensburg nur noch über wenig freie Flächen, die auch nicht unbedingt als Bauland genutzt werden sollen, Stichworte sind hier Flächenversiegelung und Luftaustausch. Aus der Versammlung entstand daher der Wunsch, in den bereits vorhandenen Baugebieten die Flächen kreativer zu bebauen, z.B. mit Ketten- oder Punkthäusern. Im Gemeinderat hat die SPD-Fraktion bereits vor Monaten einen Antrag gestellt, das Sanierungsgebiet Weißenau (ehemals Bleicherei) als Mischgebiet auszuweisen. Dieser Antrag zielt auch in die Richtung verdichteter Bebauung.

Hannes Munzinger schloss die Veranstaltung mit der Forderung, Bebauungspläne müssten überarbeitet und z.B. die Geschoszhöhe neu definiert werden, damit auf den bereits bebauten Flächen mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen kann.

(IST)

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Juni

- 01. Joachim Weimann 74
- 08. Kurt Rückstieß 93
- 14. Prof. Dr. Günther Hole 85
- 24. Hans Center 74
- 25. Hans Staudacher 60
- 30. Roland Baur 74

Juli

- 11. Gerold Wagenblast 60
- 12. Karin Sgryska 70
- 14. Hakan Cetin 20
- 18. Hans-Dieter Georgii 75

August

- 15. Günther Biegert 73

September

- 09. Wolfgang Moers 73
- 18. Marius Berger 25
- 22. Erika von Szczepanski 77
- 23. Hannes Munzinger 25
- 23. Franz Roth 75

Bitte beachten Sie, dass hier nur runde und „5er“ Geburtstage sowie 70 und höher aufgeführt sind.

Absurdistan im Pausenhof

Am 22.10.2012 haben fünf Fraktionen, SPD, Grüne, Freie Wähler, BfR und FDP beantragt, den Schulhof der Realschule in der Wilhelmstraße von den parkenden Lehrerautos zu befreien und ihn den Schülerinnen und Schülern als Pausenhof zurückzugeben.

Die Verwaltung benötigte über ein halbes Jahr bis sie den Antrag im Bildungs- und Sozialausschuss am 19.06. zur Beratung und Abstimmung einbrachte. Gleichzeitig sprach sie sich gegen diesen Antrag aus und empfahl, alles so zu belassen wie es ist. Der Hintergrund wurde erst in der Sitzung klar: Die möglichen Ausweichparkplätze für die Lehrer der Realschule auf dem ehemaligen Gelände der Stadtgärtnerei sind belegt - und zwar von städtischen Bediensteten. Diese hätten also ihr Parkprivileg verloren bzw. hätten es an einer anderen Stelle wieder suchen müssen.

Der Rektor und die parkenden Lehrer wehrten sich mit allen möglichen, zum Teil haarsträubenden Argumenten gegen eine Verlegung der Parkplätze. Z. B. wurde darauf verwiesen, dass ja an Samstagen auch die Marktbesucher dort parken würden. Ein schlechtes Argument, weil diese samstags keine Schüler beeinträchtigen können. Weiter hieß es, mangels „richtiger Arbeitsplätze“ im Schulgebäude dienten die Lehrerfahrzeuge so zu sagen als „rollendes Bü-

ro“. Es wurde an den Gleichbehandlungsgrundsatz erinnert, da an anderen Schulen sogar kostenlos geparkt werden können. Vergessen wurde dabei, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz dann zieht, wenn gleiche Voraussetzungen vorliegen. Und da nun einmal z.B. an der Weststadtschule ausreichend Parkplätze außerhalb des Schulhofs zur Verfügung stehen, ist auch dies ein schwaches Argument. Schließlich wurde vorgebracht, dass z.B. Ballspiele im Schulhof für die Schüler wegen der naheliegenden Wilhelmstraße „viel zu gefährlich“ wären und die Schüler ohnehin nur 25 Minuten Pause über den Tag verteilt hätten. Vielleicht wäre aber gerade das ein Argument um den Schülern Bewegungsmöglichkeiten in ihrem Schulhof zu einzuräumen...

Völlig verrückt wurde es dann, als die CDU beantragte, den derzeitigen Zustand beizubehalten, bis der Schulhof durch bauliche Maßnahmen attraktiver gestaltet werden kann; angesichts der Finanzlage der Stadt also auf unabsehbare Zeit. Dieser Antrag erhielt eine Mehrheit, weil Vertreter/innen der BfR und der Freien Wähler dafür und damit gegen ihren eigenen Antrag stimmten (eine Vertreterin der Freien Wähler enthielt sich). Ist das etwa nicht absurd?

Frank Walser

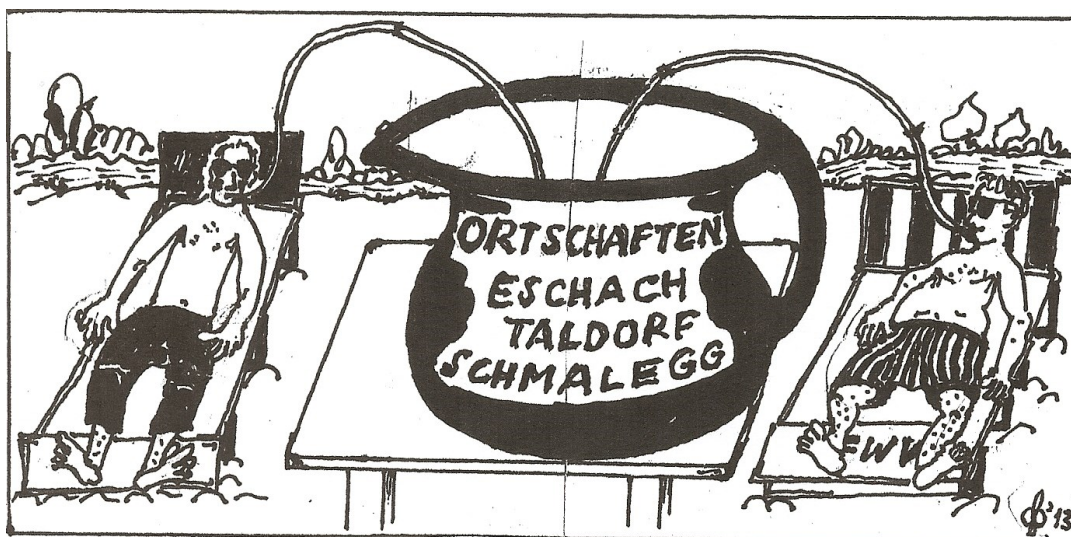


Frank Walser

Gemeinderat seit 1989
Fraktionsvorsitzender

Mitglied u.a. im:

- **Verwaltungsausschuss**
- **Werksausschuss**
- **Wirtschaftsbeirat**



Ballermann am Schussenstrand

Beruf: V-Mann

V-Mann ist eigentlich kein Beruf. Man braucht dafür keine besondere Ausbildung, man muss sich auch nicht besonders anstrengen, sondern nur in dubiosen Gruppen, kriminellen Banden oder braunen Kameradschaften zu Hause sein und der Polizei oder dem Verfassungsschutz aus dieser Szene erzählen.

Für den Einsatz von V-Leuten gibt es keine vernünftigen rechtsstaatliche Kriterien.

Mit ein Grund für das Staatsversagen bei der Aufklärung der NSU-Morde ist das V-Mann-Chaos. „Wie die kürzliche IM-Konferenz zeigt, soll sich daran auch nichts ändern. Das Ergebnis dieser Konferenz verdient nicht einmal die Bezeichnung „fauler Kompromiss“. Vermutlich sind die föderalen Besitzstände wichtiger als die Sicherheit. „Es gibt auch zukünftig kein Gesetz, das regelt, wie V-Leute ausgewählt, wie sie kontrolliert und nach welchen Maßstäben sie bezahlt werden.

Künftig soll es eine zentrale V-Mann-Datei geben, in der die V-Leute aller Sicherheitsbehörden verzeichnet sind – aber nicht der Klurname und Daten dieser Leute, sondern nur der Tarnname. Behörde „A“ kann also nur raten, ob der

V-Mann den die Behörde „B“ unter dem Namen „Canaris“ führt, womöglich derselbe ist den sie selbst als „Maurus“ kennen und bezahlen. Übrigens wer kennt nicht das Spiel „Blinde Kuh“.

Das Land NRW hat zumindest den Versuch gestartet, neue Regeln für V-Leute aufzustellen. Aber sind eigenartige Regeln, die V-Leuten versprechen, dass sie straffrei bleiben, wenn sie in verbrecherischen Organisationen tätig sind. Ein Land kann einem Straftäter so etwas nicht zusagen, denn zuständig für Strafrecht ist der Bund. Diese Generalzusage ist zudem absurd, denn ab wann soll die Straffreiheit gelten?

Wann der V-Mann zusagt etwas zu liefern oder wenn er geliefert hat?

Das Versagen der Sicherheitsbehörden bei den NSU-Morden ist oft beschrieben, auch im laufenden Untersuchungsausschuss, umfassende Konsequenzen wurden nicht gezogen.

Weiter so.....!!

Manfred Liebermann

Erster Kriminalhauptkommissar a.D.

Peer Steinbrück: Wo ist eigentlich Herr Pofalla...?

Zu den jüngsten Enthüllungen im Rahmen der NSA-Spähaffäre erklärt der Kanzlerkandidat der SPD **Peer Steinbrück**:

„Jüngste Medienberichte über die engen Beziehungen deutscher und amerikanischer Geheimdienste bestätigen den Eindruck, dass die Bundesregierung über die massive Grundrechtsverletzung in Deutschland entweder Unwissenheit vortäuscht und ihre Mitwisserschaft verschweigt oder die Geheimdienste außer Kontrolle geraten sind.

Die alarmierendste Nachricht ist, dass die Regierung von Frau Merkel die Auslegung des G-10-Gesetzes offenbar "flexibilisiert" hat, um die Weitergabe geschützter Daten an ausländische Dienste zu erleichtern.

Jetzt muss jedem klar sein: Die Zeit der

Verharmlosung ist vorbei!

Wir haben es mit einer Kernfrage unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates zu tun.

Deshalb ist von der Bundeskanzlerin persönlich zu erwarten, von der US-Regierung eine bindende Zusage einzufordern, dass das millionenfache Auspähen von Bürgern, Unternehmen und möglicherweise offiziellen Stellen unverzüglich eingestellt werden.

Die offensichtlichen Eigenmächtigkeiten und eventuellen Rechtsverletzungen deutscher Geheimdienste werfen die Frage nach ihrer Kontrolle durch den zuständigen Kanzleramtsminister auf. Wo ist eigentlich Herr Pofalla...?“

PM spd.de



Martin Gerster, MdB

Poststr. 7, 88400 Biberach

Tel. 07351/3003000

Fax 07351/3003001

[martin.gerster](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de)

@wk.bundestag.de

www.martin-gerster.de



Martin Rivoir, MdL

Söflinger Straße 145

810077 Ulm

Tel. 0731 / 310810700

Fax 0731 / 310810701

[martin.rivoir@](mailto:martin.rivoir@spd.landtag-bw.de)

spd.landtag-bw.de

Maria Ballarin feierte ihren 80. Geburtstag SPD Urgestein – jung geblieben

Gemeinderätin von 1971 bis 1984, Kreisrätin von 1974 bis 1984.

Das Bürgerforum Altstadt und die Museumsgesellschaft hatten zur Feier ihres Geburtstages gerufen und alle kamen. Beide Vereine hat Maria Ballarin mitbegründet und in beiden ist sie bis heute im Vorstand tätig. Die Küchenliederleute der Museumsgesellschaft richteten das Fest am 21. April aus und empfingen die Jubilarin mit Gesang vor ihrem geliebten Humpishaus.



Rappellvoll war's auf der Humpisbühne, für deren Ausbau und Betrieb sie sich in der Museumsgesellschaft stark gemacht hatte. Maria Ballarin liebt es, wenn die Leute singen, Stadtrat Wolfgang Engelberger animierte die Gäste mit der Gitar-

re: „Die Gedanken sind frei!“

Maria Ballarins Gedanken waren immer frei, frei von Zwängen und jenseits eingefahrener Gleise. „Was denket da d'Leut“, war nie ihre Sache und ist es bis heute nicht.

Es sprachen, feierten und prosteten ihr zu: Bürgermeister Kraus, Hans Georgii, ihr Mitstreiter im Gemeinderat, Vorsitzender der Museumsgesellschaft Bodo Rudolf, eine Delegation der SPD und zahlreiche Gäste. Der Co-Vorsitzende des Bürgerforums, Dr. Hawran, und Max Dechant führten einen so gewagten wie gelungenen lokalpolitischen Sketch auf. Wolfram Frommlet erinnerte an die Kämpferin für Frauenrechte Louise Otto-Peters, 1865 Mitbegründerin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins.

Ans Aufhören verschwendet Maria Ballarin keinen Gedanken. Ehrenamt und bürgerliches Engagement sind ihr Verpflichtung. Der Rote Turm hofft, dass sie noch lange bei der Stange bleibt und schließt sich den Gratulanten mit allen guten Wünschen an.

Bodo Rudolf



„Alternativlos“? Quatsch!

Regieren geht anders, Frau Merkel

PM spd.de

Meistens macht Angela Merkel nichts. „Politik der kleinen Schritte“ nennt sie das gelegentlich – so klein, dass man sich fragt, ob das Stillstand ist oder ob es rückwärts geht. Wenn sie aber doch etwas macht, sind das meist Fehler: wie in ihrem Krisenmanagement, das Europa durch ihr einseitiges Spardiktat an den Rand des Abgrunds bringt. Immer nennt sie ihre Politik aber „alternativlos“. Das ist Quatsch.

Der Vergleich des Unionsprogramms und des SPD-Regierungsprogramms:

- SPD: Der flächendeckende gesetzliche **Mindestlohn** von 8,50 Euro.
- **Gleicher Lohn für Frauen** durch Gesetz.
- **Mehr Frauen in Führungspositionen** verbindlich.
- **Gleiche Bildungschancen** für alle.
- **Kostenlose Kitaplätze** für alle.
- **Solidarrente** zur Vermeidung von Altersarmut trotz langjähriger Arbeit.
- **Stabile Rentenversicherung und gute Leistungen** im Alter.
- **Keine Kampfdrohnen, keine Rüstungsexporte** in Diktaturen.
- **Demokratiekonformer Markt.**
- **Seriöse Finanzierung** der eigenen Vorhaben.
- CDU/CSU: Nur ein Prüfauftrag für unterschiedlichste Regelungen in Deutschland.
- Nichtstun, Abwarten, Appelle.
- „Flexi-Quote“ und Abwarten bis 2020.
- Gute Bildung vor allem für Wohlhabende.
- Augenwischerei durch das Betreuungsgeld.
- Ärmliche Zuschussrente für wenige.
- Belastung der Rentenkasse durch Wahlgeschenke und Teilprivatisierung der Altersvorsorge.
- Kampfdrohnen und Waffen für alle, die es bezahlen können.
- „Marktkonforme Demokratie“ (O-Ton Angela Merkel).
- Wahlbetrug oder noch mehr Schulden oder spätere Steuern- und Abgabenerhöhungen.

SPD

DAS WIR ENTSCHEIDET.

Festakt zum 150-jährigen Parteijubiläum

Ein Rückblick mit Blick in die Zukunft: Anlässlich des 150-jährigen Parteijubiläums hat sich der SPD-Kreisverband Ravensburg im Weingartener Kornhaus zusammengefunden. Einer der Höhepunkte der Veranstaltung war die Rede des Ravensburger Bundestagskandidaten Hannes Munzinger, in der er seine Motivation erläuterte, für die älteste Partei Deutschlands zu kämpfen.

Als Kanzler Gerhard Schröder 2003 in einer Fernsehansprache erklärte, nicht gegen den Irak in den Krieg zu ziehen, war das für Munzinger „ein persönliches Erlebnis, ein Moment [...] in dem klar wurde: Das ist die richtige Seite für mich, das sind die richtigen Persönlichkeiten für mich, das sind die richtigen Grundwerte für mich, da will ich rein“. Heute ist der 24-Jährige der jüngste SPD-Bundestagskandidat in Baden-Württemberg. In seiner Rede griff Munzinger die verantwortungsbewusste Rolle der Sozialdemokraten in der Weimarer Republik auf und erinnerte an den ersten württembergischen Staatspräsidenten Wilhelm Blos und natürlich den Fraktionsvorsitzenden der SPD im Reichstag Otto Wels. Aber auch weiter zurück in der Geschichte der Partei finde sich beeindruckendes und motivierendes. Die Aktualität der Gedanken des SPD-Gründungsvaters Ferdinand Lassalle



machte er an dessen Satz deutlich „Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit“. Dies müsse man sich gerade im Hinblick auf die Folgen der Sparmaßnahmen in den europäischen Südstaaten immer wieder ins Gedächtnis rufen. Bundeskanzlerin Merkel warf er vor, zu aktuellen Themen „nicht einmal Position zu beziehen“ oder „Standpunkte, die sie einmal hatte, wieder aufzugeben“. In Hinblick auf die Bundestagswahl und den Kanzlerkandidaten Steinbrück sagte Munzinger: „Wir wollen in diesem Jahr erreichen, dass die verfassungsmäßige Idee der Richtlinienkompetenz wieder Einzug im Kanzleramt erhält.“

Munzinger stellt sich Fragen der Jugendgemeinderäte

Bundestagskandidat Hannes Munzinger hat an einer Podiumsdiskussion des Schülerrates Ravensburg und des Jugendgemeinderates Weingarten teilgenommen.

Die Jugendlichen hatte unter anderem das Thema Rente vorgeschlagen. SPD-Kandidat Munzinger machte schnell klar, wo er Probleme sieht. So sei das rein beitragsfinanzierte System ungerecht gegenüber Frauen, die in großer Zahl in Mini- und Midi-Jobs arbeiteten und deshalb keine ausreichende Vorsorge treffen könnten. „Unterbrochene Erwerbsbiografien sind heute in der Mehrzahl, das Rentensystem ist aber nicht darauf ausgelegt“ so Munzinger über weitere Faktoren, die Altersarmut beförderten. Als Lösung nannte er ein Drei-Säulen-Modell auf Basis einer steuerfinanzierten Garantierende, die durch die Steuerfinanzierung den Solidaritätsgedanken mit aufnehme und eine Arbeitsunabhängige Existenzsicherung ermögliche.

Auch die Asylpolitik rief großes Interesse beim Publikum hervor. Er werde bei Hausbesuchen und Veranstaltungen oft mit „haarsträubenden Vorurteilen“ konfrontiert, so Munzinger, und forderte „eine Vermenschlichung der Debatte“. „Hinter jedem Asylsuchenden steckt eine Tragödie, die man sich auch immer vor Augen führen muss“.

Beim Thema Waffenexporte kritisierte der SPD-Mann die Zuständigkeit des geheim tagenden Bundessicherheitsrates für die Genehmigung von Waffenexporten. „Wenn Parlamentarier über Kriegseinsätze entscheiden können, können sie auch über Waffenexporte entscheiden“ forderte Munzinger. Die Konservativen verstrickten sich in Widersprüche, wenn sie einerseits prekäre Menschenrechtssituationen beispielsweise in Saudi Arabien bestätigten und den autoritären Herrschern dennoch Panzer-Lieferungen genehmigten. Dies sei unverantwortlich.



Hannes Munzinger
Kandidatenbüro
Hans-Züricher-Weg 7
88214 Ravensburg
Tel. 0751/18050647
buero@
hannesmunzinger.de

„Der Rechtsanspruch und Kitausbau beschäftigen die Gemüter!“

Mit dem Satz „Wir müssen vorne im Bildungssystem anfangen mehr zu investieren“ griff Sigmar Gabriel am 14. Juni 2013 das Motto des 27. Gewerkschaftstages in Düsseldorf „Alles beginnt mit guter Bildung“ auf. Dazu gehört für den SPD-Chef auch die bessere Bezahlung der Erzieher/innen. "Warum kriegt einer, der eine Tonne Stahl bewegt dreimal so viel, wie eine, die sechs Kilo Mensch im Kindergarten oder 60 Mensch im Altenheim bewegt?" Anders ausgedrückt: „Warum soll ein Facharbeiter der IG Metall mehr verdienen und mehr wert sein als eine Erzieherin oder Altenpflegerin?“

In der Tat eine große Herausforderung, denn die Erwartungen von rund 62 433 Fachkräfte (Ländermonitor 2013), die derzeit in 8289 verschiedensten Kindertageseinrichtungen mit Kindern im Alter von 0-14 Jahren arbeiten, sind auf Grund der aktuellen Lage und des akuten Fachkräftemangel groß. Hat doch die seit dreißig Jahren andauernde Debatte um eine bessere tarifliche Entlohnung und qualitativ bessere Rahmenbedingungen bei allen Beteiligten für viel Frust und Unmut gesorgt. Trotzdem haben die Fachkräfte in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet.

Mit dem 1. August 2013 hat der Rechtsanspruch ab dem 1. Lebensjahr seine Gültigkeit erlangt.

In einigen Kommunen beklagen Eltern bereits fehlende Plätze. Viele Kommunen bieten nun den betroffenen Eltern individuelle Lösungsmöglichkeiten an, um eine Klagewelle abzufedern. Sie versuchen Übergangsmöglichkeiten zu schaffen. Dennoch haben einige Eltern bereits angekündigt, im Fall des Falles, den Klageweg zu beschreiten.

Der Druck auf Land und Kommunen nimmt enorm zu. Eltern brauchen bedarfsgerechte Platzangebote vor Ort. Die aktuell veröffentlichten Zahlen - SZ 16. Juli 2013 - Betreuungsquote im Südwesten - zeigen, das Baden-Württemberg zwar in den letzten Jahren einiges geleistet, dennoch die angestrebte Betreuungsquote knapp verfehlt hat. Dazu

kommt ein nahezu leergefegter Fachkräftemarkt. Die Ursachen sind vielfältig.

Fachkräfte, deren Vertreter; das Kita-Bündnis Baden-Württemberg, Gewerkschaften, aber auch einzelne Verbände befürchtet, gerade deshalb, dass dies wieder einmal Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen im KiTa Bereich haben wird und sich die längst überfälligen Qualitätsbestrebungen in Wohlgefallen auflösen. Ja mehr noch, dass sich weitere geplante Maßnahmen und Verbesserung auf Grund der wirtschaftlichen Haushaltslage des Landes langfristig nicht finanzieren lassen.

1996, beim Ausbau und Einführung des **Rechtsanspruches** auf einen **Kindergartenplatz**, hatte die alte Regierung

dies billigend in Kauf genommen. Seither sind eine Reihe weiterer Aufgaben hinzugekommen. Dies führte zu einem enormen Investitionsstau, der letztlich zur teilweisen Aussetzung des Orientierungsplanes führte. Einheitliche Standards und klare Qualitätsverbesserungen fehlen vor allem beim Fachkraft-Kind-Schlüssel, bei den Vor- und Nachbereitungszeiten der Fachkräfte, sowie im Bereich Freistellung von Leitungskräften.

In der Tat, mit dem „Pakt für Familien“ und der Festlegung auf einen Mindestpersonalschlüssel hat die **aktuelle** Landesregierung einen durchaus mutigen Reformansatz getätigt und erste Verbesserung der Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht. Auch den Fachkräftemangel, mittels einer neuen praxisintegrierten Ausbildung (PIA) mit erstmaliger Ausbildungsvergütung abzufedern, dazu den Fachkräftekatalog zu reformieren waren durchaus weitere notwendige Schritte in die richtige Richtung. Wenn gleich einiges im neuen Fachkräftekatalog verbesserungswürdig ist.

Das kürzlich verabschiedete „befristete Flexibilisierungspaket“ soll nun als weitere Maßnahme den Kommunen unter die Arme greifen. Ihnen etwas Luft ver-



Christel Ulmer-Walz

Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Ravensburg

schaffen um den Ausbau in trockene Tücher zu bringen. Im Kern erlaubt diese den Kommunen einige der bisher geltenden Standards im Bereich Gruppengröße, bauliche Rahmenbedingungen, Erleichterungen beim Betriebserlaubnisverfahren, Vertretungsregelungen usw. flexibler zu handhaben und lösen.

Die Trägerverbände, sowie der Städte- und Gemeindetag, befürworten diese gemeinsamen Empfehlungen und sehen darin durchaus die Möglichkeit die aktuellen Probleme um den Ausbau besser bewältigen zu können.

Die Fachkräftevertreter und Gewerkschaften dagegen haben durchaus, berechtigt, große Sorgen. Sie fürchten, dass vor allem die flexiblen Lösungen bei den Gruppengrößen, Platz- und Raum Sharing, sowie die Erweiterung des Fachkräftecataloges durch zahlreiche neue Berufsgruppen, damit teilweise verkürzte Ausbildungszeiten zu enormen Belastung, Überforderung und letztlich zum Qualitätsverlust führen werde.

Als Fachkraft einer KiTa teile ich diese Sorge durchaus. Die Landesregierung hätte gemeinsam mit den Kommunen, Gewerkschaften, Eltern und Fachkräften einen anderen, konsequenteren Weg beschreiten sollen. Ist doch auch der Bund als Initiator ebenso verantwortlich für gute, gerechte Bildungschancen wie das Land. Profitiert nicht auch er in der Folge im erheblichem Maße und Um-

fang vom erfolgreichen Wirken der Fachkräfte und pädagogischen Einrichtungen? Nachhaltige Bildungseinrichtungen sorgen dafür, dass Sozialausgaben und Leistungen im erheblichen Maße gesenkt werden können.

Zahlreiche Studien der vergangenen Jahre, die auch der Bund mit in Auftrag gegeben hatte, nahmen deutlich Bezug, wiesen sogar darauf hin, dass vor allem im frühkindlichen Bildungsbereich auf Grund der versäumten Investitionen und Rahmenbedingungen es langfristig zu einem Fachkräftemangel kommen würde. Die Bundesregierung allerdings setzt nach wie vor auf weitere Erhöhungen des Kindesgeldes und auf das Betreuungsgeld. Verhindert so, dass ein enormer Mittelzufluss an die Länder erfolgt, der dazu führen könnte den Rechtsanspruch zu erfüllen. Die Rahmenbedingungen könnten langfristig mittels eines nachhaltigen Gesamtkonzeptes verbessert und zusätzliche Mittel für eine verbesserte Vergütung der Berufsgruppe bereitgestellt werden.

Eines ist sicher; wenn die Bundesregierung und ihre politischen Akteure in den nächsten Jahren es nicht schaffen sollten, ihren Blick dahingegen zu schärfen, dass Quantität und Qualität im gleichen Maße zunehmen muss wie der Aufgabenzuwachs, wird der Fachkräftemangel weiter zunehmen.

(CU)

Impressum

SPD Ravensburg

Christel Ulmer-Walz

Mozartstr. 55

88214 Ravensburg

Telefon:

(0751)35 44 52 1

E-Mail:

christel-u@web.de

Web:

www.spd-ravensburg.de

Redaktion:

- Brigitte Eichhorn-Schmiedel (BES)
- Ingrid Staudacher (IST)
- Christel Ulmer (CU)
- Volker Petzold (VP)
- Felix Rückgauer (FR)

SPD-Onlinezeitungen

- Roter Turm
spd-ravensburg.de
- Roter Seehas
spd-bodenseekreis.de
- 's Rote Füchse
spd-ehingen.de
- Bibervision
spd-biberach.de

8,50€ MINDESTLOHN



SPD